

BERLINER RUNDSCHAU



Frank Henkel:
„Berlin kann
Olympia.“



Eberhard
Diepgen zum
Mauerfall vor
25 Jahren

Seite 6-7

Daten, Zahlen, Fakten zu den Olympischen Spielen

5 Ringe zeigt die olympische Flagge. Die Farben Rot, Blau, Grün, Gelb und Schwarz auf weißer Flagge wurden gewählt, weil jede Flagge eines Landes mindestens eine dieser Farben aufweist.

1928 brannte in Amsterdam die erste Flamme neuzeitlicher Spiele.

22 Medaillen errang von 2004 - 2012 der erfolgreichste Olympionik, Michael Phelps, darunter 18 goldene.

1896 fanden die ersten modernen Olympischen Spiele, begründet durch den Franzosen Pierre de Coubertin, statt. Es nahmen rund 250 Athleten teil.

11,5 Milliarden Euro betrug das Plus, das die Olympischen Spiele und die Paralympics 2012 in London der britischen Wirtschaft gebracht haben

31.000 neue Jobs entstanden 2012 und es wurden ausländische Investitionen von mehr als 3 Milliarden Euro eingeworben

9 Sportlerinnen und Sportler aus Berlin gewannen bei den Olympischen Spielen in London 2012 Medaillen.

776 v. Chr. fanden die ersten Olympischen Spiele statt. Es gab nur eine einzige Disziplin: den Stadionlauf.

1912 gab es zum letzten Mal Goldmedaillen, die komplett aus Gold bestanden.

3,5 Milliarden Menschen in über 200 Ländern schauen sich die Spiele im Fernseher an.

20 Jahre nach dem Abzug der Alliierten – Berlin sagt Danke!



Die CDU-Fraktion Berlin erinnerte am 04.09.2014 mit einem Festempfang im Berliner Abgeordnetenhaus an den friedlichen Abzug der Alliierten aus Berlin vor 20 Jahren. Vor gut 350 Gästen diskutierten unter der Moderation des Journalisten Jochim Stoltenberg der Regierende Bürgermeister a.D., Eberhard Diepgen, mit der Direktorin des Alliierten-Museums Berlin, Frau Dr. Gundula Bavendamm, sowie dem Präsidenten des Deutschen Historischen Museums, Herrn Prof. Dr. Alexander Koch.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Berlin, Florian Graf, wies in seinem Grußwort darauf hin, dass auch die West-Alliierten mit anfänglicher Skepsis bedacht wurden: „Spätestens mit der Berlin-Blockade 1948/49 wich die anfängliche Skepsis der Berlinerinnen und Berliner in den drei Westsektoren gegenüber den Siegern von 1945 vollständig. Mit jeder Tonne Lebensmittel, die über die Luftbrücke zur Versorgung der Menschen eingeflogen wurde, wuchsen Grundvertrauen und Freundschaft.“ Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass die Besatzungszeit in der ehemaligen DDR vielen ein menschenwürdiges Leben verbaut habe.



Gerade Berlin müsse die Erinnerung an ein Jahrhundert der Kriege, des Friedens und der Wiedervereinigung wachhalten. „Erinnern wir uns“, fragte Florian Graf, „dass die Franzosen den Grundstein für den Flughafen Tegel legten? Dass die Luftbrückenflughäfen Tempelhof und Gatow zu Lebensadern der Westberliner wurden, was wiederum 40 Jahre später aus dem Freiheitswunsch der Menschen im Ostteil eine reale Chance erwachsen ließ?“

Der CDU-Fraktion Berlin ist es wichtig, diese Wendemarken der Geschichte als Kursbuch für eine friedvolle Zukunft immer und immer wieder ins Gedächtnis und Gewissen der Menschen zu holen. Vor 20 Jahren haben die Alliierten Berlin in Frieden und Freiheit verlassen. Was bleibt, ist der Dank an die westalliierten Kräfte; Dank an Befreier und Beschützer; Dank an Verbündete und vor allem Freunde.

v.l.n.r.: Prof. Dr. Alexander Koch, Präsident des Deutschen Historischen Museums; Frau Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin des AlliiertenMuseums Berlin; Jochim Stoltenberg, Journalist; Eberhard Diepgen, Regierende Bürgermeister a.D.



*Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,*

die Nachricht traf das politische Berlin wie ein Blitz aus heiterem Himmel: Klaus Wowereit verkündet seinen Rücktritt als Regierender Bürgermeister zum 11. Dezember dieses Jahres.

Ein Nachfolger steht nicht fest, die Führungsfragen in der Berliner SPD sind weiter ungeklärt. Um den Berlinerinnen und Berlinern eine



AUF EIN WORT

Hängepartie zu ersparen, müssten die Sozialdemokraten eigentlich alle Kräfte darauf verwenden, schnell einen Nachfolger zu finden. Stattdessen hatten sie nichts Besseres zu tun, als eine aufwendige Neumitglieder-Werbekampagne aufzulegen. Motto: Jetzt schnell noch beitreten, um über den zukünftigen Bürgermeister zu entscheiden.

Man kann sich vorstellen, dass die SPD-Basis diese Werbekampagne nicht gerade als Zeichen der Wertschätzung und des Vertrauens versteht. Ich möchte gar nicht darüber spekulieren, wer jetzt alles angesprochen wird und kurzfristig in die SPD eintritt, um den Ausgang des Mitgliederentscheids zu beeinflussen. Die SPD muss aufpassen, dass sie sich nicht zu einer Drive-in-Partei entwickelt: Eintreten, Kandidaten wählen, wieder austreten.

Allen, die ernsthaft über die Zukunft Berlins mitentscheiden wollen, macht die Berliner CDU mit ihrem Zukunftsprojekt **BERLIN-VISION**²¹ ein ehrliches und langfristiges Dialog- und Beteiligungsangebot. Wir stehen für Stabilität und Verlässlichkeit – in Personal- und inhaltlichen Fragen gleichermaßen.

Mit herzlichen Grüßen

Kai Wegner

Kai Wegner, MdB
Generalsekretär der CDU Berlin

„Ich werde nicht mit Besetzern über Recht und Gesetz verhandeln“

Der Berliner CDU-Landesvorsitzende, Innensenator und Bürgermeister Frank Henkel, spricht im Interview mit der Berliner Rundschau über den Machtkampf in der SPD, die Olympiapläne Berlins und den Umgang mit den Besetzern vom Oranienplatz.

Senator Henkel, der Regierende Bürgermeister hat seinen Rückzug zum Jahresende angekündigt. Was bedeutet das für die Zukunft der Großen Koalition in Berlin?

Da ändert sich erst einmal gar nichts. Wir haben einen gültigen Koalitionsvertrag mit der SPD bis 2016. Dennoch erwarten wir, dass die Sozialdemokraten ihre offene Führungsfrage schnell klären und einen Kandidaten aufstellen, den die CDU mittragen kann. Alles Weitere werden wir dann in unseren Gremien diskutieren. Klar ist jedoch: Der Machtkampf der SPD darf das Regierungshandeln nicht beeinträchtigen.

Hat Sie der Rücktritt von Klaus Wowereit überrascht?

Die letzten Monate waren für ihn alles andere als leicht. Die Situation am BER, seine persönlichen Umfragewerte, die Kritik aus seiner eigenen Partei – ich kann mir vorstellen, dass das alles sehr an ihm genagt

hat. Insofern ist es menschlich durchaus nachvollziehbar, dass er den Zeitpunkt seines Abgangs jetzt selbst bestimmen wollte. Leicht gemacht haben wird er es sich trotzdem nicht, da bin ich sicher.

Bekommt die CDU durch den Abgang von Wowereit noch mehr Gewicht in der Koalition?

Wir sind selbstbewusst genug, nicht ständig auf die Konkurrenz zu schauen. Unser Gewicht definieren wir über das, was wir im Regierungsalltag leisten. Wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren inhaltlich einiges erreicht und durchgesetzt.

Können Sie dafür Beispiele nennen?

Nehmen wir das Innenressort. Wir haben im Wahlkampf zugesichert, die Polizeipräsenz deutlich zu erhöhen. Nach zweieinhalb Jahren haben wir 350 zusätzliche Stellen im Polizeivollzug, zwei neue Einsatzhundertschaften, eine neue Fahrradstaffel, Kontaktmobile am Alexanderplatz und am Breitscheidplatz, ein neues Servicebüro mit der Bundespolizei am Bahnhof Zoo. Das sind konkrete Verbesserungen, und solche greifbaren Erfolge, die wir gemeinsam mit Partei und Fraktion erreicht haben, gibt es in den Ressorts aller CDU-Senatoren. Diese unaufgeregte, pragmatische Arbeit wird von den Berlinerinnen und Berlinern gewürdigt. In der letzten Forsa-Umfrage waren unter den fünf beliebtesten Politikern der Stadt die vier Senatoren der CDU. Wir sind in den Umfragen mit deutlichem Abstand stärkste Partei.

„Berlin kann Olympia. Die Spiele wären eine riesige Chance für unsere Stadt, und sie würden gut zu Berlin passen.“



Sollte es angesichts dieser Lage nicht Neuwahlen geben?

Ich sehe derzeit keinen Grund für Neuwahlen. Die Wählerinnen und Wähler haben das Parlament für fünf Jahre gewählt. Darüber dürfen sich Politiker nicht einfach so hinwegsetzen. Ohnehin würde ich mir etwas mehr Respekt vor dem Parlament wünschen. Wenn man in diesen Tagen die Nachrichten verfolgt, könnte man den Eindruck bekommen, dass ein paar tausend Parteimitglieder den Regierenden Bürgermeister wählen. Das ist nicht der Fall: Der Regierende Bürgermeister wird vom Parlament gewählt, nicht von der SPD.

Ungeachtet der SPD-Führungskrise geht das Regieren weiter. Am 1. September haben Sie gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister die Pläne des Senats für Olympia vorgestellt.

Berlin hat erst einmal sein Interesse bekundet und einen Fragenkatalog des Deutschen Olympischen Sportbundes vorgelegt. Ob und mit welcher Stadt sich Deutschland bewirbt, entscheidet der deutsche Sport. Aber ich bin fest davon überzeugt: Berlin kann Olympia. Die Spiele wären eine riesige Chance für unsere Stadt, und sie würden gut zu Berlin passen. Ich denke gerne an die großartige Stimmung während der

FIFA-WM 2006 zurück, an unser Berliner Sommermärchen. Mit Olympia könnte sich unsere sportbegeisterte Stadt erneut als weltoffene und attraktive Metropole auf einer Bühne mit weltweiter Aufmerksamkeit präsentieren.

Dennoch gibt es bei solchen Großprojekten immer auch Vorbehalte in der Bevölkerung.

Das kann ich gut nachvollziehen. Darauf haben wir mit unserem Konzept reagiert. Ich will gemeinsam mit der Bevölkerung einen „Berliner Weg für Olympia“ entwickeln: bescheiden, authentisch und passend zur Hauptstadt, modern und doch mit einer Rückbesinnung auf die Olympische Idee. Umweltverträglichkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz und Bürgerbeteiligung sind wichtige Eckpfeiler unserer Interessenbekundung. Schon vor der Entscheidung des DOSB wollen wir in Berlin mit einer breiten Öffentlichkeit diskutieren und gemeinsam weitere Ideen entwickeln. Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Berlinerinnen und Berliner die Broschüre im Internet herunterladen und eigene Anregungen geben würden.

Wie wollen Sie diese Bescheidenheit mit Blick auf die Kosten konkret umsetzen?

Indem wir auf vieles zurückgreifen können, was bereits vorhanden ist. Schon jetzt ist Berlin vielerorts olympiatauglich aufgestellt. Das Wahrzeichen der Spiele, das Olympiastadion, muss nicht erbaut werden – es gilt schon heute als 5-Sterne-Stadion. Ein Großteil anderer Wettkampfstätten in und außerhalb Berlins ist bereits vorhanden.

Senator Henkel, immer wieder gibt es Forderungen, den Besetzern des Oranienplatzes und der Gerhart-Hauptmann-Schule ein Bleiberecht zu garantieren. Vor kurzem hat eine Gruppe von Flüchtlingen eine Kirche besetzt und Verhandlungen mit Ihnen gefordert. Wie reagieren Sie auf diese Forderungen?

Berlin wird sich auf keine Erpressungsversuche einlassen. Ich werde auch nicht über Recht und Gesetz verhandeln. Den Flüchtlingen wurden Einzelfallprüfungen zugesichert, und diese Zusage wurde oder wird umgesetzt. In vielen Fällen hat es bereits ein eindeutiges Ergebnis gegeben, und das ist zu akzeptieren. Es gibt keine rechtliche Grundlage für irgendwelche Zugeständnisse, und auch nicht den politischen Willen, Besetzungen zu belohnen. Ein Zwei-Klassen-Recht lehne ich unverändert ab.

Wie bewerten Sie die Wahlergebnisse der AfD in Sachsen, Brandenburg und Thüringen?

Das ist eine Herausforderung für alle Parteien, und diese Ergebnisse kann und sollte auch niemand ignorieren. Damit müssen wir auch als CDU umgehen. Als jemand, der aufgrund der eigenen Biographie den Wert der Freiheit zu schätzen weiß, kann ich mit der AfD aber nichts anfangen. Ich grenze mich klar ab von einer Partei, deren Vorsitzender Lucke sich nach dem SED-Sicherheitsapparat zurücksehnt. Eine zweite Linkspartei im europafeindlichen Gewand brauche ich nicht.



25 Jahre Mauerfall

25 Jahre! Ist der Tag des Mauerfalls schon oder erst so lange her? Inzwischen ist eine neue Generation in Europa herangewachsen.

von Eberhard Diepgen

Dem Nachwuchs jenseits der Stichpunkte von der unbändigen Freude über einen Tanz auf der Mauer und die entgeisterten, ratlosen Gesichter von Protagonisten des damals real existierenden Sozialismus zu erklären, was nach dem Zweiten Weltkrieg im geteilten Deutschland geschah, verlangt immer mehr Zeit und Einfühlungsvermögen.

Und Freudentaumel am 9. November? Hatten die Kommunisten sich mit einer letzten großen historischen Gemeinheit ausgerechnet diesen Tag für den Fall der Mauer ausgesucht? Belastet mit vielen Problemen und Verbrenen in der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts. Die gleichzeitige Erinnerung an brennende Synagogen im Jahre 1938 oder Hitlers ersten Putschversuch in München 15 Jahre davor haben dafür gesorgt, dass der Tag des Falls der Berliner Mauer nicht zum Tag der deutschen Einheit zum Nationalfeiertag – arbeitsfrei und auch sonst mit allem drum und dran – wurde.

Der 9. November des ostdeutschen und mitteleuropäischen Revolutionsjahres 1989 wurde nach meiner Erinnerung angesichts dieser Terminüberlegungen schnell zur Seite geschoben. An dem Tag aber kapitulierte der Machtapparat der DDR vor den demonstrierenden Massen auf dem Leipziger Ring. Es war der Tag der Revolution. Ich plädiere nicht für einen neuen Tag der deutschen Einheit. Das ist entschieden. Aber für einen besonderen Blick auf die Revolutionäre und ihre Daten. Und am 9. November für die selbstbewusste Erinnerung an einen Tag, an dem die politische Landkarte Europas verändert wurde. Bisher war das angesichts der Erinnerung an Hitlers „Reichspogromnacht“ meist sehr zurückhaltend. Aber müssen wir die Freude über das eine mit dem notwendigen Gedenken an das andere so ausbalancieren? Der Berliner Senat plant zum 25. Jubiläum eine Veranstaltung mit der ganzen Expertise, die er sich im Feiern erworben hat. Gut so.

Natürlich ist mein Hinweis auf die mög-

lich letzte Gemeinheit der SED bei ihren Entscheidungen am 9. November mit historischen Tatsachen nicht zu vereinbaren. Walter Momper, damals Berlins Regierender und noch ohne hinreichenden Willen zu einer Politik der Wiedervereinigung, berichtet von frühen Hinweisen zu bemerkenswerten Erleichterungen im Reiseverkehr aus dem ZK der SED, aber alles weit entfernt von wirklicher Reisefreiheit. Nein, Schabowski hat sich in seiner berühmten Pressekonferenz verquatscht, und so wurden unumkehrbare Fakten geschaffen. Glück haben wir gehabt. Aber um es klarzustellen: Die Handlungsunfähigkeit der DDR-Führung und der vorangegangene Sturz Erich Honeckers waren Folgen des Aufstandes der Menschen in Plauen, Dresden, Leipzig und Berlin.

Und auch ein zweites Mal haben wir Glück gehabt. Gorbatschow wurde mit Glasnost und Perestroika vor allem im Westen nachhaltig populär. Die Konflikte mit Russland des Jahres 2014 erinnern mich aber auch sehr deutlich an meine Sorgen um die weitere Entwicklung der Deutschlandpolitik im Herbst 1989. Nach der Wahl eines nichtkommunistischen Ministerpräsidenten in Polen, nach den Grenzöffnungen in Ungarn und der konsequenten Politik der Öffnung durch die ungarischen Kommu-

nisten waren weitgehende Veränderungen der politischen Landschaft in Europa absehbar. Aber konnte die Sowjetunion ihre Herrschaft in der DDR aufgeben? Da gab es wenig Unterschiede zwischen weißen und roten Zaren. Wog Gorbatschow die Auswirkungen eines grundlegenden Paradigmenwechsels hinreichend ab und definierte er eine neue geopolitische Interessenlage der Noch-UdSSR? Das Auseinanderfallen der UdSSR kam erst später. Ich bin sicher, Historiker werden immer mehr zu dem Ergebnis kommen, er hatte kein klares Bild von einer UdSSR oder einem Russland nach einem Verfall von Warschauer Pakt und COMECON (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, RGW). Nur die NATO wollte er sich etwas vom Leib halten. Dieser Gorbatschow war unser Glück und so blieben sowjetische Soldaten im November 1989 in ihren Kasernen.

Die Überlegungen unterstreichen aber eine Binsenwahrheit: Alles war auf des Messers Schneide und das Zeitfenster für die Wiedervereinigung und andere Veränderungen in

Eberhard Diepgen, Berlins Regierender Bürgermeister von 1984 bis 1989 und von 1991 bis 2001



Europa war kurz. Heute müssen wir lernen, dass Russland nach Gorbatschow und Jelzin geopolitische Interessen gewahrt wissen will.

Und die zweite Sorge: Wie stark war die Bürgerrechtsbewegung in der DDR? Mir wurde ein Papier der Sektion Marxismus-Leninismus der Humboldt Universität vom 8. Oktober 1989 zugespielt. Die Kraft der Opposition hatten die Genossen begriffen. Die empfohlene Strategie: Genossen (und natürlich die Stasi) geht in die Oppositionsgruppen, stellt euch an die Spitze der oppositionellen Forderungen, nehmt Einfluss und achtet nur darauf, dass die

Herrschaft der Arbeiterklasse nicht in Frage gestellt wird. Können die das schaffen? Die Oppositionsbewegung war Stasi-durchsetzt, IMs vom Demokratischen Aufbruch (Wolfgang Schnur) und der SPD (Ibrahim Böhme) wurde als Ministerpräsidenten der DDR nach

der ersten demokratischen Wahl im Frühjahr 1990 gehandelt.

Der Mauerfall wird im kollektiven Gedächtnis der Deutschen immer eine besondere Rolle spielen. Viele haben ihre ganz speziellen Erinnerungen: In Berlin strömten wir an die Mauer, auf die Mauer und durch die Grenzübergänge. Auch ich gehörte zu den Tausenden, die an die Mauer fuhren. Diese Erlebnisse will ich nicht missen. Ganz anders aber den nächsten Tag am Schöneberger Rathaus. Die gut organisierten Rufe von Kundgebungsteilnehmern „Nie wieder Deutschland“ hallten mir noch

Der Mauerfall wird im kollektiven Gedächtnis der Deutschen immer eine besondere Rolle spielen.

Jahre danach in den Ohren. Auch der Ärger im Abgeordnetenhaus von Berlin, wo eine den Ereignissen an der Mauer angemessene Reaktion an den heutigen Grünen – damals Alternative Liste – scheiterte. Der Begriff der deutschen Einheit – als Ziel von deutscher Politik auch nur genannt – war unüberwindlicher Streitpunkt. Walter Momper schrieb später in seinen Erinnerungen „Grenzfall“, das rot-grüne Bündnis der damaligen Zeit „im Grunde hätte man es damals schon beenden müssen“. Es war nicht „stabil und flexibel“ genug, „um der historischen Herausforderung gerecht werden zu können“. Aber – auch das gehört zur geschichtlichen Wahrheit – die Forderung nach Wiedervereinigung machte in diesen Tagen Politiker leicht zu Außenseitern und „Kalten Kriegern“. Ich wundere mich heute oft, wer so alles behauptet, immer ein glühender Verfechter der deutschen Wiedervereinigung gewesen zu sein. Verdrängt doch so mancher, dass er noch im Frühherbst 1989 voller Inbrunst diese Forderung als Lebenslüge des deutschen Volkes gebrandmarkt hat. Die Berliner CDU dieser Tage war aber auf der Höhe der Zeit. Sie hatte für den 10. November Wissenschaftler zu einer Tagung „Neue Perspektiven der Deutschlandpolitik“ eingeladen. Und die Ziele der Bürgerrechtsbewegung? Die Mehrzahl wollte wohl „nur“ die Reform des Sozialismus. Aber dann fraß die Revolution ihre Kinder, mit dem Ruf „Wir sind ein Volk“ überrollte sie alle. Nach der freiheitlichen kam auch die nationale Revolution.

Wurden die Träume der Revolution erfüllt? Nicht alle. Mit dem 9. November verbindet ...

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 8

...sich neue Freiheit und auch Zusammenbruch. Ich denke an große Betriebe und Arbeitsplätze in der DDR. Ich denke an die Generation mittleren Alters, die schon zu alt für etwas Neues war, oder zu jung für den Einstieg in ein weitgehend abgesichertes Rentnerdasein. Es war eine Zeit großer Erwartungen. Als wir (Elmar Pieroth) im Januar 1990 mit einer Kleinanzeige zu Informationen zur Unternehmensgründung einladen – ein „normaler“ Sitzungsraum im Kempf war gemietet – kamen Hunderte. Heute kann man davon nur träumen und mit Kopfschütteln und irritiertem Ärger auf Wahlbeteiligungen von unter 50 % blicken. Helmut Kohl wird immer noch wegen der Prognose von den blühenden Landschaften kritisiert. Er hatte doch weitgehend Recht. Ich bin sicher, auch 25 Jahre nach dem Mauerfall werden die Enkel der DDR Fragen an ihre Großeltern und Eltern stellen. Wie habt ihr euch in der sozialistischen Diktatur verhalten. So war es auch in den 60er Jahren mit den Fragen nach dem Verhalten im „tausendjährigen Reich“. Deutschem Selbstverständnis und deutscher Identität im zusammenwachsenden Europa würde es helfen, wenn alle Fragen mit Sensibilität und Respekt vor den Lebensleistungen gestellt werden, die Menschen auch im Sozialismus erbracht haben. Aber daran werden wir sicher noch arbeiten müssen.



BERLINVISION²¹ – Ideen für das Berlin von morgen

Seit Anfang des Jahres läuft der Zukunftsdialo**g** „BERLINVISION²¹ – So will ich leben“ der CDU Berlin.

Gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern wollen die Christdemokraten Ideen entwickeln, wie Berlin in den nächsten Jahren aussehen soll. „Mein Ziel war es, dass sich unsere Partei mit den Perspektiven unserer Stadt beschäftigt“, erläutert der Landesvorsitzende Frank Henkel, der zugleich Vorsitzender des Lenkungsrates von BERLINVISION²¹ ist. Durch den Dialog mit den Menschen über die Zukunft Berlins will der CDU-Landeschef und Bürgermeister von Berlin ein Bewusstsein für die bevorstehenden Veränderungen schaffen, den Umgang mit diesen Veränderungen diskutieren sowie die Angst vor Veränderung nehmen, um Bereitschaft für Neues zu fördern.

In der ersten Jahreshälfte ging es den Berliner Christdemokraten in der Phase „Fragen“ vor allem darum, die Ideen der Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft der Stadt zu erkunden. Dafür nutzte die CDU Berlin bewusst vielfältige Mitmach-Möglichkeiten. „Vom klassischen Anschreiben an Zehntausende von Berliner Haushalten über Online-Medien bis zu Video-Botschaften mit unserem Video-Mobil war für jeden ein Weg dabei, um sich zu beteiligen.“, so Generalsekretär Kai Wegner, der als Koordinator die Organisation und Umsetzung des Zukunftsprojektes verantwortet.

Zahlreiche Berlinerinnen und Berliner haben sich bereits an dem Zukunftsdialo**g** beteiligt. An der themenspezifischen Online-Umfrage, die über das Webportal des Projektes

Der Landesvorsitzende Frank Henkel spricht auf dem Landesparteitag im vollbesetzten Gasometer.

unter www.berlinvision21.de zu erreichen ist, beteiligten sich bisher hunderte Umfrageteilnehmer. Viele von ihnen teilen ähnliche Hoffnungen und Wünsche für ihr Leben im Berlin von morgen.

Außerdem sammelte die Berliner Union in den letzten Wochen und Monaten gemeinsam mit den Orts- und Kreisverbänden mit dem Video-Mobil Botschaften von Passanten. Diese wurden in einem kurzen Video-Clip zusammengefasst, der unter www.youtube.com/cduberlin bzw. durch Benutzung des QR-Codes auf dieser Seite abrufbar ist. Im Rahmen der Sommeraktion „Eiskalt überrascht“ sorgte die CDU Berlin mit Wassereis bei den Berlinerinnen und Berlinern für Erfrischung und sprach gleichzeitig mit ihnen über ihre Wünsche und Ideen für das Berlin von morgen.

Darüber hinaus diskutierte die Berliner CDU im Rahmen verschiedener Veranstaltungen in den vergangenen Wochen bereits erste Zukunftsthemen. Unter dem Titel „Eine Stadt für alle Lebensalter“ erörterten die Christdemokraten gemeinsam mit Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr (Bild rechts), Bundesministerin a.D. und führende Wissenschaftlerin auf dem Gebiet der Erforschung und Gestaltung des Alterns, und Christoph Brzezinski, Landesvorsitzender der Jungen Union Berlin, die Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels für Berlin. Angesichts aktueller Prognosen, dass bereits in 15 Jahren jeder vierte Berliner 65 Jahre und älter sein wird, erläuterte Prof. Ursula Lehr, dass es notwendig sei, die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement zu stärken und den Erfahrungsschatz der Älteren zu nutzen. Die Moderation übernahm Dr. Heike Maria von Joest, Vorsitzende der Bürgerstiftung Berlin und Mitglied des Lenkungsrates von BERLINVISION²¹.

Wie gehen andere Gesellschaften mit dem demografischen Wandel um? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines hochkarätigen Expertengesprächs zum Thema „Gesellschaft

ten im demografischen Wandel – Deutschland und Taiwan“ in der Taipei Vertretung am Gendarmenmarkt. Gemeinsam mit der CDU Berlin diskutierten in Anwesenheit der Repräsentantin Taiwans, Agnes Cheng, und unter der Moderation von Dr. Heike Maria von Joest der Stellvertretende Repräsentant, Dr. Klement Gu, und der Staatssekretär für Soziales von Berlin, Dirk Gerstle. Schnell stellte sich heraus, dass Taiwan und Deutschland in diesem Punkt vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Mehr noch: Taiwans Gesellschaft ist die am schnellsten alternde weltweit. Vor einigen Jahren erst hat Taiwan eine allgemeine Rentenversiche-



run**g** nach dem Vorbild Deutschlands eingeführt. In vielen taiwanesischen Gemeinden gibt es zahlreiche Seniorengruppen, in denen die Älteren gemeinsam ihre Freizeit verbringen. Auch spezielle Fitnessgeräte für Ältere in den städtischen Parks tragen dazu bei, dass viele auch im Rentenalter erstaunlich fit sind.

Auch der große Landesparteitag am 27. Juni 2014 im Gasometer auf dem EUREF-Campus, auf dem die erste Phase von BERLINVISION²¹ offiziell abgeschlossen wurde, stand ganz im Zeichen des Zukunftsdialo**g**s. Der Landesvorsitzende Frank Henkel betonte in seiner Rede im vollbesetzten Gasometer, dass die Berliner CDU die Partei sei, die über den Tag hinaus denkt. „Schon heute müssen Zukunftschancen ergriffen und unsere Stadt für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte fit gemacht werden.“, so der CDU-Landeschef weiter. So beschloss der Landesparteitag unter anderem, dass Berlin bis zum Jahre 2030 zur führenden Smart City in Europa werden solle und die zentrale Stelle eines oder einer Demo-

BERLINVISION²¹ – Nachgefragt!

Seit Anfang des Jahres haben sich bereits mehrere hundert Berlinerinnen und Berliner an der Umfrage zu BERLINVISION²¹ beteiligt. Die große Mehrheit von ihnen ist mit ihrer gegenwärtigen Lebenssituation zufrieden: 91% schätzen diese als „gut“ ein. 79% glauben, dass es ihnen in der Zukunft genauso gut oder besser gehen wird.

82% der Befragten glauben, dass es zukünftig weniger bezahlbare Wohnungen in Berlin geben wird. 51% gehen davon aus, dass zukünftig die Pflege der Älteren nur mit Hilfe ausländischer Fachkräfte möglich sein wird. Die Pflege der Älteren mit Hilfe digitaler Geräte (z.B. Pflege-Roboter) können sich nur 26% vorstellen. Gefragt nach weiteren möglichen Zukunftstrends nannten die Befragten u.a. Telemedizin und die Onlineverwaltung.

Im Berlin von morgen wünscht sich die Mehrheit der Umfrageteilnehmer ein freies, sicheres und bezahlbares Leben. Besorgt äußerten sich einige über einen möglichen Werteverfall. Als weitere Wünsche und Hoffnungen wurden u.a. bessere Bildungsangebote, ein friedliches Miteinander, der Ausbau des ÖPNV und autofreie Zonen genannt.

grafie-Beauftragte/n geschaffen werden solle, damit der demografische Wandel als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe gelingen kann.

Frank Henkel zeigt sich mit seiner Partei zufrieden: „Große Projekte wie BERLINVISION²¹ funktionieren nur, wenn eine Partei diese Projekte auf die Straßen trägt, in die Vereine, zu den Nachbarn – und das tut die Berliner CDU.“ Im Herbst geht es nun in die zweite Phase „Reden“ des Zukunftsdialo**g**s. In dieser wollen die Christdemokraten die gesammelten Ideen und Zwischenergebnisse mit den Berlinerinnen und Berlinern diskutieren. In den nächsten Wochen wird dafür unter anderem die erste Bürgerkonferenz mit dem Landesvorsitzenden Frank Henkel vor Ort im Kiez stattfinden.



Ein Bild und seine Geschichte

Christian Schulze (44) wusste nicht, dass es dieses Foto gab. Bis er es vor Kurzem im Internet entdeckte. Es zeigt ihn, den damals jungen CDU´ler und JU-Aktiven, Fahne schwingend an der Bornholmer Brücke. Der Abend hatte schon spannend begonnen. Die JU hatte zur ANTIFA unter Polizeischutz eine Diskussion u.a. mit Hans Christian Ströbele (damals Alternative Liste) und Hanna Renate Laurien (CDU Schulsenatorin) veranstaltet. Bis dann die Polizei plötzlich wegen der weltgeschichtlichen Ereignisse abzog.



„Ich wünsche mir für Berlin erstmal mehr Arbeitsplätze.“



„...gute Schulen und genug Lehrer für Berlin.“



„...ein Berlin, in dem Wohnungen zu bezahlbaren Mieten da sind.“



„...dass die Stadt sauberer wird.“



QR-Code zum Video über BERLINVISION²¹

Ihre Berliner Abgeordneten aus dem Deutschen Bundestag



GROSSSTADTABGEORDNETE TREFFEN PETER TAUBER

Unter Vorsitz des Großstadtbeauftragten der CDU/CSU-Fraktion Kai Wegner trafen sich die Unions-MdB aus den zwanzig größten deutschen Städten. Gemeinsam mit CDU-Generalsekretär Peter Tauber wurde darüber beraten, wie die CDU in großen Städten noch mehr Gestaltungskraft entwickeln kann. „Wir wollen der erste Ansprechpartner für die großstädtischen Milieus sein“, so Kai Wegner. „Unser Ziel ist es, die Lebensqualität für alle Bewohner zu verbessern. Die CDU/CSU-Fraktion will die Stadt von morgen schon heute denken.“

AUSBILDUNGSSTART 2014 BEI SIEMENS



Zu ihrem Start bei Siemens begrüßte Monika Grütters 350 neue Auszubildende am Standort Berlin und wünschte ihnen einen guten Start in ihren neuen, spannenden Lebensabschnitt. In ihrer Begrüßungsrede ermutigte sie die jungen Menschen zum Lernen und betonte die Bedeutung guter Bildung und Ausbildung als Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung und berufliches Fortkommen. Monika Grütters erinnerte zudem an das Bekenntnis Angela Merklens ganz zu Beginn ihrer Kanzlerschaft, dass mehr Investitionen in Bildung und Forschung in der Christdemokratischen Politik absolute Priorität haben.

KEIN TÄTER WERDEN

Kinder müssen vor Missbrauch besser geschützt werden. Deswegen hat der Rechtsausschuss des Bundestages beschlossen, die Mittel für das Präventionsprojekt der Berliner Charité „Kein Täter werden“ um knapp 40



Prozent auf dann über eine halbe Million Euro aufzustocken. Männer mit pädophilen Neigungen sollen gar nicht erst Täter werden, ihnen bietet die Charité daher anonyme Therapiemöglichkeiten an. „Wir brauchen eine Doppelstrategie aus Verschärfung des Strafrechts und aus mehr Prävention. Dafür

haben wir jetzt mit mehr Mitteln die Grundlage gelegt“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses Dr. Jan-Marco Luczak beim Treffen mit Institutsgründer Prof. Dr. Dr. Klaus M. Beier.

TAUCHGANG IM TEGELER SEE

Der Nord-Berliner Tauchverein gehört mit seinen 170 aktiven Mitgliedern zu den größ-



ten Tauchvereinen im Norden Berlins. Als die Mitglieder neue Tauchausrüstung brauchten, vermittelte der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete Frank Steffel gern eine Spende der Spielbank Berlin. Dabei probierte er die Ausrüstung gleich selbst aus und half den Mitgliedern des Vereins bei der Reinigung des Tegeler Sees.

FORUM AUSSENPOLITIK ZUR UKRAINE-KRISE

Am 26. August lud Karl-Georg Wellmann zum Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Kiew, Dr. Christof Weil, ins Forum Außenpolitik der CDU Berlin. Mehr als 30 Gäste folgten der Einladung, um sich aus erster Hand über die aktuelle Ukraine-Krise zu informieren. Knapp zwei Stunden diskutierten Wellmann und Botschafter Dr. Weil mit den Gästen.



SCHLAUMÄUSE FÜR NEUKÖLLN

Als Unterstützerin der Bildungsinitiative für Medienkompetenz, Sprache und Integration hat Christina Schwarzer MdB gemeinsam mit Microsoft die Kindertagesstätte BeerenStark in Neukölln mit der interaktiven Lernsoftware „Schlaumäuse“ ausgestattet.



Die „Schlaumäuse“ ist eine von Microsoft entwickelte Lernsoftware, mit der Fünf- bis Siebenjährige selbstständig die Welt der Sprache entdecken können. Eine übersichtliche Struktur und einfache Bedienung der Software machen es den Kindern dabei leicht. Ein Auswertungsmodus ermöglicht den begleitenden Erwachsenen und Erziehern zudem einen Überblick über die Spielzeiten, Spielerfolge und die Lernfortschritte der Kinder. Die Kinder und auch die Erzieher haben sich sehr über die Tablets gefreut!

DR. MARTIN PÄTZOLD AUF DIALOGTOUR

Während der parlamentarischen Sommerpause 2014 besuchte Dr. Martin Pätzold, Mitglied des Deutschen Bundestages, im Rahmen seiner Dialogtour innerhalb von zwei Wochen über 70 Unternehmen, Vereine und Institutionen in Berlin-Lichtenberg.



Ein Rundum-Blick, der ihm auch in seiner täglichen Politischen Arbeit hilft, den Bezirk voranzubringen und zu unterstützen.

HOCHKULTUR IN MITTE: PHILIPP LENGSFELD

Philipp Lengsfeld besuchte die Baustelle der Staatsoper Unter den Linden. Senatsbaudirektorin Regula Lüscher erläuterte die



Einzelheiten der Renovierung: eindringendes Grundwasser, die detailgenaue Rekonstruktion des Innenraums und eine deutliche Verbesserung der Akustik bilden die größten Herausforderungen. „An der Renovierung ist der Bund mit 200 Mio. Euro beteiligt. Am Ende wird Mitte wieder ein ganz besonderes Opernhaus haben“, so Lengsfeld.

Kontakt zu den Bundestagsabgeordneten der

Berliner CDU: Vorname der/des Abgeordneten). (Nachname der/des Abgeordneten@bundestag.de – z. B. kai.wegner@bundestag.de

BESUCH AUS DEM REICH DER MITTE

Seit 20 Jahren besteht eine Partnerschaft zwischen den Städten Berlin und Peking und seit Jahren pflegt die Romain Rolland Schule einen regelmäßigen Austausch mit einer Partnerschule in Peking. Der diesjährige Berlin-Aufenthalt der Pekingener Schule wurde



auch zu einem Besuch im Deutschen Bundestag genutzt. Dabei erläuterte der Bundestagsabgeordnete Klaus-Dieter Gröhler das demokratische System Deutschlands und beantwortete zahlreiche Nachfragen zum deutschen Schulwesen, Rechtssystem und zur Außenpolitik.

„Der Deutsche Bundestag verhandelt öffentlich“, heißt es in Artikel 42 des Grundgesetzes. Doch nur wenige Menschen können im Plenarsaal dabei sein, wenn die Abgeordneten tagen. Daher hat der Deutsche Bundestag ein zusätzliches Informationsmedium geschaffen: das Parlamentsfernsehen, welches über Satellit empfangen werden kann. Die Debatten werden auch live im Internet auf www.bundestag.de übertragen. Die Mediathek unter www.bundestag.de/mediathek bietet außerdem eine Vielzahl an Videobeiträgen. Gezeigt werden alle Plenardebatten, öffentlichen Ausschusssitzungen und Anhörungen unkommentiert und in voller Länge.

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONSLEITUNG Kai Wegner CHEFREDAKTEUR Dirk Reitze REDAKTION Janine Pietsch LAYOUT UND PRODUKTION Stefan Liefländer DRUCKEREI Vettors BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: S.1: Dirk Reitze; S.2: Thorsten Schatz; S.3: Dirk Reitze; S.6/7: Dirk Reitze; S.8/9: Dirk Reitze; S. 10: Bundestagsbüro (BTBü) Wegner; BTBü Grütters; BTBü Dr. Luczak; BTBü Steffel; BTBü Wellmann; BTBü Schwarzer; BTBü Dr. Pätzold; BTBü Dr. Lengsfeld; BTBü Gröhler; S. 12: Dirk Reitze, BTBü Wellmann; S.13: privat; S.14: privat; S. 15: privat, Thorsten Schatz; S. 16 SSGT F. Lee Corkran, Martin U.K. Lengemann, DRK, Dirk Reitze

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal



Joachim Zeller startet durch in die parlamentarische Arbeit

Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Auf Berlin entfielen in der zurückliegenden Förderperiode mehr als 1,2 Milliarden Euro, in den kommenden sieben Jahren sind es trotz Haushaltskürzungen immerhin noch 850 Millionen Euro. Ohne diese Mittel wären zahlreiche Sozial- und Infrastrukturprojekte in Berlin nicht denkbar.

Zeller wurde darüber hinaus als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Haushaltskontrolle berufen, wo er die effektive und sachgemäße Mittelverwendung überwacht und die Haushaltsentlastung beschließt. Zudem ist er stellvertretendes Mitglied im Entwicklungsausschuss und kümmert sich hier um die Anwendung und Überwachung der Politik der Union bei der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Dazu zählen vor allem die Förderung demokratischer Werte, das Drängen auf eine verantwortungsvolle Regierungsführung und die Einhaltung der Menschenrechte in diesen Ländern, wie auch gezielte Hilfen, um Armut und Elend zu bekämpfen. In der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung A(frika) K(aribik)P(azifik)-EU wird Zeller zum stell-

vertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Politische Angelegenheiten“ berufen. Dies ermöglicht ihm eine enge Zusammenarbeit mit den Abgeordneten der afrikanischen, karibischen und pazifischen Länder.

Er bleibt auch weiterhin Vollmitglied der EU-Rußland-Delegation. Bereits in zweiter Legislatur kümmert sich Zeller zudem um die Belange und die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Mongolei), deren geopolitische Bedeutung angesichts der Entwicklungen an unseren östlichen Grenzen immer mehr Gewicht gewinnt.

Last but not least wurde Zeller in geheimer Wahl zu einem der vier Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gewählt.

Sprechstunde Joachim Zeller: Freitag, den 26. September um 15 Uhr in der Landesgeschäftsstelle, Anmeldung unter Telefon 3269040



sie sind die deutschen Erfahrungen bei der Integration der neuen Bundesländer wichtig. Wellmann hat gute Kontakte zu dem neuen Kiewer Oberbürgermeister Vitali Klitschko. Das Ziel ist die Unterstützung des demokratischen Aufbaus in Kiew im Rahmen einer Partnerschaft mit Berlin. Das geht vom Aufbau einer funktionierenden öffentlichen Verwaltung, einer zuverlässigen Polizei bis hin zu modernen Konzepten der Müllentsorgung und des Nahverkehrs.

Gleich nach der Wahl zum Europäischen Parlament begann am 26. Mai die parlamentarische Arbeit: zunächst innerhalb der neu konstituierten EVP-Fraktion, ab 1. Juli auch im neu konstituierten Europäischen Parlament der 8. Wahlperiode.

Noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause ist Joachim Zeller mit überwältigender Mehrheit zum stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalausschusses gewählt worden - ein Beweis der Anerkennung für die in den letzten fünf Jahren geleistete Arbeit. Dieser Posten ermöglicht es Zeller, in der neuen Legislatur die Interessen Berlins und der Städte in Europa noch stärker zu vertreten. Hauptanliegen der europäischen Regionalpolitik in der neuen Förderperiode ist es, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Regionen zu verringern und mittels gezielter öffentlicher wie privater Investitionen

Wellmann: „Die Menschen in der Ukraine haben sich von Russland abgewandt.“

Karl-Georg Wellmann ist Bundestagsabgeordneter für Steglitz-Zehlendorf. Er ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe. Er ist oft in der Ukraine und seit Jahren mit dem Land und den Menschen dort verbunden. Er war bei den letzten Parlamentswahlen im Mai als OSZE-Wahlbeobachter vor Ort. Das Volk der Ukraine hat sich mit den Wahlen für den Weg in die europäische Staatenfamilie entschieden. Deshalb muss sich jetzt alles darauf konzentrieren, die Ukraine zu stabilisieren und wirtschaftlich wieder aufzubauen.

Mit der gewaltsamen, völkerrechtswidrigen Annexion der Krim kündigte Putin eine seit dem Ende des Kalten Krieges bestehende Sicherheitspartnerschaft mit Europa auf. Fun-

damentale Prinzipien wie die Souveränität und die Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine wurden verletzt. Mit seinen militärischen Aggressionen hat Putin sein Ziel verfolgt, die von „Russland abtrünnige Ukraine“ wieder in seinen Einflussbereich zu drängen. Doch Wellmann stellt fest: „Russland wird sich auf Dauer nicht durchsetzen, ohne international isoliert zu werden und sich selbst schweren wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Eines jedenfalls hat Putin erreicht: Die Menschen haben sich von Russland abgewandt und wollen Teil der westlichen Gemeinschaft werden.“

Die Ukraine hat hervorragend ausgebildete Facharbeiter und Ingenieure, so Wellmann. Die junge Generation hat eine gute Ausbildung in technisch-mathematischen Fächern. Für

MEHR PLATZ FÜR DIE TIGER

Ende August besuchten der Vorsitzende der CDU-Fraktion Berlin, Florian Graf, gemeinsam mit den CDU-Abgeordneten Alexander J. Herrmann und Danny Freymark den Tierpark Berlin. Dort ließen sie sich von Tierpark-Chef Dr. Andreas Knieriem zeigen, wie er die 5 Mio. Euro Zuschuss, die das Abgeordnetenhaus auf Initiative der CDU hin beschlossen



hatte, in den Tierpark investieren will. Die CDU-Abgeordneten zeigten sich beeindruckt. Man werde den Tierpark weiter unterstützen, so Florian Graf.

LENGSFELD IST JETZT MOABITER

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Philipp Lengsfeld ist Moabiter geworden und ist mit seiner Familie in eine neue Wohnung in Moabit-Nord gezogen. Die CDU-Moabit hat ihn in „ihrem“ Stadtteil mit ihrem Vorstand, an der Spitze der Vorsitzende Volker Liepelt, herzlich begrüßt!



HAPPY BIRTHDAY, ANGIE!

Zum 60. Geburtstag der Bundeskanzlerin hat die CDU Gropiusstadt mit ihrem Vorsitzenden Christopher Kroll am 17.07.2014 zu einem Empfang in die Skylounge hoch über den Dächern Berlins geladen. Merkel-Biograph Volker Resing las vor rund 80 Gästen aus

Die Union vor Ort in Ihrem Bezirk



seinem ersten Werk „Angela Merkel: So wahr mir Gott helfe“ und gab spannende und heitere Anekdoten über die Kanzlerin wieder.

„WERTVOLLE HILFE FÜR EIN ERNSTES PROBLEM“

In Reinickendorf bietet der Mobilitätshilfedienst des Unionhilfswerks Hilfe an: Menschen, die allein kaum noch das Haus verlassen können, bekommen Unterstützung von Mitarbeitern, die sie zu Terminen und



Einkäufen begleiten. Der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete Frank Steffel war vor Ort und lobt die Arbeit: „Durch Krankheit oder Alter in der Mobilität eingeschränkt zu sein, ist ein ernstes Problem. Ich freue mich, dass das Unionhilfswerk mit seinem Mobilitätshilfedienst hier wertvolle Hilfe gibt. Ganz besonders danke ich den ehrenamtlichen Helfern, die das in ihrer Freizeit tun!“

FINANZPOLITISCHE DISKUSSION BEI DER MIT STEGLITZ-ZEHLENDORF

Der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel war zu Gast bei der MIT Steglitz-Zehlendorf. „Angela Merkel und Wolfgang Schäuble haben Deutschland erfolgreich durch die Banken- und Eurokrise gelotst. Finanzmarktstabilität und Schutz der Verbraucher vor unseriösen Anlageprodukten bleiben dennoch auf der Tagesordnung“,

so Steffel, der Mitglied des Finanzausschusses ist. „Die angeregte Diskussion hat



gezeigt, wie relevant diese Themen auch für mittelständische Unternehmer sind.“

CDU-BÜRGERFEST IN HOHENSCHÖNHAUSEN WIEDER EIN VOLLER ERFOLG

Bereits zum vierten Mal veranstaltete die CDU Hohenschönhausen, allen voran der Ortsvorsitzende und Abgeordnete, Danny Freymark, Mitte August das alljährliche Bürgerfest. Über 800 Besucher waren vor Ort, um bei Bratwurst, Zuckerwatte, Musik, Tanz und Zauberkunst das gute Wetter zu genießen. An Marktständen präsentierten



sich über 15 örtliche Vereine, Initiativen und Gewerbetreibende und informierten über die Vielseitigkeit des Ehrenamtes.

SOMMERFEST IN STEGLITZ-ZEHLENDORF MIT FRANK HENKEL

Dieses Jahr stand das Sommerfest des Kreisverbandes Steglitz-Zehlendorf ganz im Zeichen der Berliner Olympiabewerbung. Nachdem Thomas Heilmann in strahlender Abendsonne die Mitglieder und Gäste im Stadion Lichterfelde begrüßte, sprach er sich dafür aus, die Grundwerte des olympischen Gedankens wieder stärker zu betonen. Innen- und Sportsenator Frank Henkel, der



als Ehrengast gekommen war, griff dies auf und pries die vielen positiven Chancen, die Olympia für Berlin haben könne. Der anschließend von Heilmann moderierte Meinungsaustausch mit den beiden Diskutanten Dr. Steven Althaus von BMW und Michael Schneidewind, Grünen-Mitglied und Vorstand der Initiative „100% Tempelhof“, lieferte interessanten Stoff für die nachfolgenden Gespräche.

CDU FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG ERFRISCHT BÜRGER EISKALT

Die CDU Friedrichshain-Kreuzberg hat im Rahmen des Projekts „BERLINVISION 21- So will ich leben.“ im August den Dialog mit Anwohnern des Görlitzer Parks gesucht. Der CDU-Kreisvorsitzende und Abgeordnete Kurt



Wansner, sowie der Kreuzberger Ortsvorsitzende Timur Husein verteilten „CDU-Eis“ und diskutierten mit den Bürgern über ihre Sorgen, aber auch über ihre Wünsche und Ideen für den Kiez.

DREGGER UND „BLAULICHT“ UNTERSTÜTZEN EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT VON MIGRANTEN IM KATASTROPHENSCHUTZ

Das Projekt „Blaulich“ der JU Reinickendorf lud zur Informationsveranstaltung „Protect - Lernen und Helfen im Ehrenamt“ ein. Das von der Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit in Kooperation mit dem Senat für Inneres und Sport 2011 initiierte und ins Leben gerufene Programm „Protect“ nutzt das Ehrenamt im Katastrophenschutz als Brücke, um Migrantinnen und Migranten durch alternative Bildungsangebote,

Zugang zu ehrenamtlichem Engagement zu ermöglichen. Schirmherr der Veranstaltung war Burkard Dregger, integrationspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordneten-



haus. Unterstützt und begleitet wurde die Diskussionsveranstaltung darüber hinaus vom CDU Landesprojekt „BERLINVISION 21 - so will ich leben“, das zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern Ideen für die Zukunft Berlins erarbeitet.

DIALOG ZUM BAHNHOF WANNSEE

Der Zustand des Bahnhofs Wannsee beschäftigt seit längerem die Anwohner im Bezirk. Zuletzt wurden die Verträge mit allen Mietern der Ladenzeile gekündigt. Die CDU Wannsee hat hierzu Gespräche mit der Deutschen Bahn geführt. Diese räumte ein, dass der Zustand des Bahnhofs verbesserungswürdig sei, und hat bereits erste Ideen entwickelt. Ziel ist die Hebung des Niveaus und die Verbesserung der Aufenthaltsquali-



tät. Allerdings gibt es noch Abstimmungsbedarf mit der Denkmalpflege.

SIMON BESUCHT JUGENDSTRAFANSTALT UND JVA TEGEL

Bei einer Führung Anfang September durch die Jugendstrafanstalt bestätigte der Leiter der Anstalt Thorsten Luxa dem CDU-Abgeordneten Roman Simon, dass die in der Anstalt nach der Regierungsbeteiligung der CDU in Berlin installierten sogenannten „Handy-Blocker“ funktionieren. Am gleichen Tag besichtigte Simon gemeinsam mit Martin Riemer, dem Leiter der JVA Tegel, auch den Neubau für die Sicherungsverwahrung. In



Tegel wurde deutlich, dass noch heute ein gravierendes Problem besteht, da rot-grün 1989 alle Baumaßnahmen in Berliner JVA stoppte. In beiden Anstalten führte Simon Gespräche mit Vertretern der Personalräte.

CDU BEIM LIVE RUN DER BERLINER AIDS-HILFE



Beim 5. Live Run der Berliner Aids-Hilfe auf dem Tempelhofer Feld waren neben der CDU Greifswalder Straße auch zwei Läufer der JU aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg dabei.

SOMMERFEST DER FU

Das traditionelle Sommerfest der Frauen-Union fand in diesem Jahr wieder im Café am Schäfersee gemeinsam mit der Frauen-Union Reinickendorf statt. Die Landesvorsitzende Edeltraut Töpfer konnte wieder zahlreiche Gäste aus der CDU begrüßen, u.a. den Landesvorsitzenden der CDU Berlin, Bürgermeister und Senator Frank Henkel, die Staatsministerin für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters, den Europaabgeordneten Joachim Zeller, die Staatssekretärin für Gesundheit Emine Demirbüken-Wegner, die Staatssekretärin für Verbraucherschutz Sabine Toepfer-Kataw, den Bezirksbürgermeister



von Reinickendorf Frank Balzer, sowie Frau Agnes Hwa-Yue Chen, Repräsentantin von Taipeh.

EINE UNION ZUM SCHNUPPERN

Am Rande der „Antikmeile“ in der Suarezstraße hat der Ortsverband Schloss eine Aktion



zur Mitgliederwerbung gestartet. Politisch Interessierten bietet der OV an, für drei Monate die Partei und ihr Engagement unverbindlich kennenzulernen und anschließend vollständiges Mitglied der CDU zu werden. Als kleine Aufmerksamkeit für die „Neuen“ gab es eine Tasse mit dem Portrait der Bundeskanzlerin.

GAUWEILER BEIM OKTOBERFEST IN TEGEL

Genau 188 Gäste durfte der Ortsverband der CDU Tegel und die OMV Berlin Anfang



September im Rahmen des „45. Tegeler Gesprächs“ in den Tegeler Seeterrassen empfangen. Nach einem Grußwort von Frank Balzer, dem Bezirksbürgermeister von Berlin-Reinickendorf, sprach Dr. Peter Gauweiler, über Berlin und Bayern in Europa. Nach einem „Bayerischen Buffet“ gab es dann eine amüsante Talk-Runde unter Leitung des TV-Moderators Jörg Draeger.

MOBILES BÜRGERBÜRO IN SPANDAU UNTERWEGS!

Die CDU-Fraktion Spandau hat ihr neues ‚Mobiles Bürgerbüro‘ vorgestellt. Das Angebot der Sprechstunden im Rathaus Spandau



wird nun um einen Service erweitert. Der VW-Bus dient als Anlaufpunkt für die Spandauerinnen und Spandauer mit den CDU-Bezirksverordneten in den Kiezen ins Gespräch zu kommen. Wann das Mobile Bürgerbüro auch in Ihrem Kiez ist, erfahren Sie unter 030/902792408 bzw www.cdu-fraktion-spandau.de!

DAS SENIORENMITWIRKUNGSGESETZ MUSS WEITERENTWICKELT WERDEN

Am 9. September 2014 war der Sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Joachim Krüger, zu Gast beim SoVD Ortsverband Berlin-Ost in Lich-



tenberg. Der Sozialverband Deutschland ist mit über 500.000 Mitgliedern der größte Verband für Menschen mit Behinderung in der Bundesrepublik. Krüger referierte zum Thema „Seniorenleitlinien des Berliner Senats“ und „Reform des Seniorenmitwirkungsgesetzes“.

ABC-SCHÜTZEN: DAMALS UND HEUTE

Zu Beginn des neuen Schuljahres begrüßte der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak zahlreiche Abc-Schützen und überreichte ihnen blaue Turnbeutel mit kleinen Aufmerksamkeiten. Eine Besonderheit der bereits zur Tradition gewordenen Begrüßung war dieses Jahr eine Portkarte mit dem Foto von Jan-Marco Luczak aus dem Jahr 1982 – damals war Luczak selbst Abc-Schütze.



BVV REINICKENDORF MÖCHTE MIETERN IN TEGEL HELFEN

Weitgehende Einigkeit präsentierten die Reinickendorfer Bezirksverordneten bei der Diskussion um die Zukunft der Kleinhaussiedlung „Am Steinberg“. Obwohl die Redner der drei Fraktionen (Bild: CDU-Fraktionsvorsitzender Stephan Schmidt) teils unterschiedliche Argumente ins Feld führten, war man sich im Ziel einig: die Modernisierung der Siedlung solle sozialverträglich geschehen. Die BVV beschloss einstimmig die Prüfung zweier möglicher Maßnahmen nach dem Baugesetzbuch: Eine Erhaltungsverordnung und einen Sozialplan für die Baumaßnahmen.



WAHLKAMPFHILFE IN ERFURT

Der Prenzlauer Berger Ortsverband war am entscheidenden Wahlwochenende in Erfurt,



um die dortigen Wahlkämpfer zu unterstützen. Dabei wurden Endspurt-Aktionen wie Haustürwahlkampf und eine abendliche Tour durch die Innenstadt mitgemacht.

TEGELER CDU SOMMERFEST MIT 300 GÄSTEN UND PROMI-TENNIS

Im Juni spielten zwölf „Promis“ Tennis auf der Sportanlage der Sportlichen Vereinigung (SV) Reinickendorf in Tegel-Süd. Geladen hatte Dirk Steffel, der Vorsitzende der CDU Tegel, u.a. Wolfgang Bosbach, Schlagerstar Bernhard Brink, Fußballlegende Wolfgang Sidka, Gesundheitsminister a.D. Peter Luther und weitere Abgeordnete aus dem Bundestag und dem Abgeordnetenhaus. Auch die BILD und die Berliner Morgenpost berichteten.



Das Zitat zum Schluss

„Mein Ziel bleibt – wenn es die geschichtliche Stunde zulässt – die Einheit unserer Nation“

Helmut Kohl am 19.12.1989



CDU Landesverband Berlin, Kleiststr. 23-26, 10787 Berlin

Solide Finanzen. Schwarze Null.

Der Bundeshaushalt für das Jahr 2015 ist ein historischer Meilenstein: Ab nächstem Jahr wird der Bund ganz ohne neue Schulden auskommen. Das hat es seit 1969 nicht mehr gegeben! Auch für die kommenden Jahre sind keine neuen Schulden vorgesehen. Das ist Politik, die vor allem der jungen Generation zugutekommt. Gleichzeitig investiert die unionsgeführte Bundesregierung in Deutschlands Zukunft: Bis 2017 sind für die Forschung drei Milliarden Euro zusätzlich eingeplant, fünf Milliarden Euro extra fließen bis 2017 in Straßen, Schienen und Wasserstraßen. Länder, Städte und Gemeinden werden um insgesamt sechs Milliarden Euro entlastet.

Die CDU steht für Verlässlichkeit und Stabilität – das gilt insbesondere in der Finanz- und

Haushaltspolitik. Bereits 2007 hatte die CDU ein Neuverschuldungsverbot in ihr Grundsatprogramm geschrieben – nicht einmal zwei Jahre später wurde die Schuldenbremse durch die damalige Große Koalition im Grundgesetz verankert.

„Die schwarze Null ist kein Selbstzweck“, betont Finanzminister Wolfgang Schäuble. „Sie steht für Verlässlichkeit, sie steht dafür, dass wir halten, was wir versprochen haben. Nur so können wir das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland erhalten.“ Auch in den Jahren nach 2015 soll der Bund nicht mehr ausgeben als er einnimmt. „Die schwarze Null soll zur Normalität werden.“, so Schäuble weiter. Denn solides Haushalten sei die Voraussetzung für eine gute Zukunft und eröffne Chancen für die nachfolgenden Generationen.

Versprochen. Gehalten.
Plakat aus dem Bundeswahlkampf 2013



Einladung

„Historisches Gespräch am Wittenbergplatz“ zum 9. November 1989

Der 9. November 1989 ist für alle freiheitsliebenden Menschen ein Datum der Freude. An den Mauerfall vor 25 Jahren sowie an die vorgehenden und folgenden Monate bis zur Wiedervereinigung wird die CDU Berlin in einem „Historischen Gespräch am Wittenbergplatz“ erinnern. Der Landesvorsitzende der CDU Berlin, **Frank Henkel**, lädt ein:



Am Mittwoch, dem **5. November 2014**, um **19.00 Uhr**,
in der CDU Landesgeschäftsstelle, Kleiststraße 23 – 26, 10787 Berlin



Der Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin (1992-2006), **Prof. Manfred Wilke**, befragt an diesem Abend **Dr. Rudolf Seiters**, den heutigen Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes und damaligen Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, als Mitgestalter und Zeitzeugen der Ereignisse.

CDU BERLIN